

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Druckerei: J. G. Schmidt, Schneeberg 18. No. 21. Schwarzenberg 19.

Nr. 277

Mittwoch, 29. November 1905.

58. Jahrg.

Schneeberg. Volkszählung betr.

Am 1. Dezember dieses Jahres findet verordnungsgemäß eine Volkszählung im Deutschen Reiche statt. Hierwegen ist der Stadtbezirk Schneeberg in verschiedene Zählbezirke eingeteilt, innerhalb eines jeden derselben ein Zähler die Zählung vornimmt.

Der Zähler gibt in den letzten Tagen dieses Monats die Zähllisten in den einzelnen Haushaltungen ab und sind diese Zähllisten unter genauer Beachtung der ihnen aufgetragenen Anweisung bis zum 1. Dezember 1905 mittags auszufüllen, von welchem Zeitpunkt ab die Zähllisten von den Zählern wieder abgeholt werden.

Es wird von der Einwohnerschaft erwartet, daß sie den Zählern die erforderlichen Auskünfte zur Prüfung der Einträge in den Zähllisten bereitwillig und genau erteilt. Die Zähler sind zur Erteilung jeder gewünschten Auskunft hierwegen gern bereit.

Der Stadtrat.
Dr. von Wohlt, Bürgermeister.

Hartenstein. Das abgeänderte für hies. Stadt geltende Regulative über die Befestigung umgestandener und getöterter Tiere vom 8. November 1905 liegt von heute ab 14 Tage lang an Ratstafel zu Jedermanns Einsicht aus.

Stadtrat Hartenstein, am 27. November 1905.
Forberg, Bürgermeister.

Grünhain. Herr Kaufmann und Fabrikbesitzer Karl Paul Edelmann, Ritter pp., ist heute anderweit als erster Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister in Pflicht genommen worden.

Grünhain, den 24. November 1905.
Der Bürgermeister.
Rehler.

Mittwoch, den 29. November 1905, Vormittags 10 Uhr soll im Versteigerungslotale des hiesigen Königl. Amtsgerichts ein Sofa mit türkischem Bezug gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts Aue, am 28. November 1905.

Der 2te Jahrmart in Zwönitz

Ist auf Freitag, den 8. und Sonnabend, den 9. Dezember 1905 verlegt worden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Am heutigen Dienstag tritt der Reichstag zur zweiten Session der XI. Legislaturperiode zusammen. Die Eröffnungssitzung findet um 12 Uhr im Weissen Saale des Königl. Schlosses, um 2 Uhr die erste Plenarsitzung im Sitzungssaale des Reichstags statt. Auf der Tagesordnung steht nur die Feststellung der Beschlussfähigkeit. Die Parteien werden in folgender Stärke eintreffen: Zentrum 102, Sozialdemokraten 77, Konservative 52, Nationalliberale 50, Freisinnige Volkspartei 22, Reichspartei 21, Polen 15, Wirtschaftliche Vereinigung 13, Freisinnige Vereinigung 10, Deutsche Reformpartei 7, Deutsche Volkspartei 6, fraktionslos sind 18. Gegen den Schluss der verflochtenen Session verfügen jetzt die Wirtschaftliche Vereinigung, Zentrum, Polen, Nationalliberale, Freisinnige Volkspartei um je einen Sitz mehr, die Sozialdemokraten um einen Sitz weniger im Reichstage. Erledigt sind vier Mandate: 2. Schwaben (bisher Dr. Weihenbögen, Jtr.), 9. Schleswig-Holstein (bisher Dr. Stodmann, Jtr.), Mandat erledigen), 4. Bln (bisher Dr. Spahn, Jtr., Mandat erledigen), 16. Sachsen (bisher Schippel, Soz., Mandat niedergelegt).

— Samuel Witbois Kapitulation! Gerade eine Woche ist vergangen, seitdem der Tod Hendrik Witbois gemeldet wurde und nun folgt die Nachricht von der Kapitulation seines Sohnes, den der alte Kämpfer noch kurz vor seinem Hinscheiden zu seinem Nachfolger in der Kriegsführung ernannt hatte. Generalleutnant von Trotha konnte als letzte Meldung die vom Tode Hendrik Witbois geben, ehe er aus Südwestafrika schied. Und der neue Gouverneur von Windhoek kehrt die Kunde ein, die ihm Trotha berichtet hat — seine erste telegraphische Meldung besagt: „Samuel Jaak Witbois, seine Unterkapitane mit 17 Großleuten und ihrem Anhang, sowie die Kapitane der Welschdrunder, insgesamt 174 Männer und 44 Weiber haben sich in Veresba freiwillig gestellt. Dabei sind 34 Gewehre abgeliefert worden.“ Ueber die Bedingungen der Uebergabe enthält die Meldung keine Angaben. Sie werden wohl bald nachfolgen. Und sie werden wohl für Samuel Jaak Witbois, gelinder sein dürfen, als sie für seinen Vater hätten sein können, dem als Verräter der Strid in Aussicht stand. Nur daß man sich nach den Erfahrungen, die man mit dem alten Witboi gemacht hat, dem jüngeren gegenüber viel weniger vertrauensvoll wird verhalten müssen. Die Kopfzahl derer, die mit ihm kapitulierten, ist ja gewiß nicht groß, aber die Bedeutung dieser Uebergabe liegt natürlich in dem Umstand, daß es führende Haupter sind, die sich hier unterworfen haben, und daß damit die Sache der gegen uns Krieg führenden Vorden verloren gegeben ist. Und so steht zu erwarten, daß nun bald Friede und Ruhe in Deutsch-Südwestafrika herrschen wird und unter dem neuen Gouvernement alsbald eine Friedensarbeit beginnen kann, die dieser seit zwei Jahren so schwer geschädigten Kolonie kräftig aufhüllt.

Berlin, 27. November. Ein Telegramm aus Windhoek meldet: Ritter Gustav Kowal, geboren am 25. 8. 83 zu Malga, früher im Infanterie-Regiment Nr. 137, am 23. November d. J. im Lazarett Keetmanshoop an Typhus gestorben. Ritter Hermann Fußbrück, geboren am 22. 5. 82 zu Biechen, früher im Füsilier-Regiment Nr. 34, am 9. November d. J. beim Baden im Fischlauf bei Gausis an Herzschlag gestorben.

Berlin, 27. November. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus bester Quelle vernimmt, soll der bisherige Direktor des Kolonialamtes, Dr. Stäbel, an die Spitze der

neu zu errichtenden deutschen Gesandtschaft in Norwegen berufen werden.

Norwegen.

Christiania, 27. Nov. Heute nachmittag fand im Sitzungssaale des Storting die Eidesleistung des Königs statt. Nachdem der König und die Königin Platz genommen hatten, hielt der Stortingpräsident Berner eine Ansprache und forderte den König auf, den Eid auf die Verfassung abzulegen. König Haakon leistete hierauf den Eid auf die Verfassung mit folgenden Worten: „Ich gelobe und schwöre, der Regierung in Uebereinstimmung mit der Konstitution und dem Gesetz vorstehen zu wollen so wahr Mir Gott und sein heiliges Wort helfe!“ Nach der Eidesleistung des Königs hielt Stortingpräsident Berner abermals eine Ansprache, welche mit den Worten schloß: „Gott bewahre Norwegens König!“ Die Mitglieder des Storting stimmten in diesen Ruf ein. Hierauf antwortete der König: „Herr Präsident, meine Herren Repräsentanten! Bevor ich nach dieser feierlichen Handlung diesen Platz verlasse, beglücke ich die Mitglieder des Storting als die Repräsentanten für Norwegens freies Volk. Es wird meine größte Freude sein, im Zusammenwirken mit dem Storting und in Uebereinstimmung mit dem Grundgesetz all meinen Willen, all meine Kräfte einzusetzen, um dem Vaterlande zu seinem Frieden und zu seinem Glücke zu dienen. Es lebe das Vaterland!“ Die Mitglieder des Storting stimmten in diesen Ruf ein. Die Majestäten verließen hierauf mit ihrem Gefolge das Stortinggebäude, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Bei der Abfahrt wurden den Majestäten stürmische Jubidigungen dargebracht.

Christiania, 27. November. Unmittelbar nach der Rückkehr ins Schloß hielt der König den ersten Staatsrat ab. Ministerpräsident Michelsen wurde vom König gebeten, samt seinen Kollegen die Weiterführung des Ministeriums zu übernehmen, die Ernennung wurde allerseits mit Befriedigung aufgenommen.

Rußland.

Odessa, 27. November. Nach hier eingetroffenen Depeschen aus Sebastopol herrscht unter den dortigen Matrosen voller Aufruhr. Viele Offiziere wurden getödtet, die Stadt brennt. In der Universitäts fanden gestern den ganzen Tag über Massenversammlungen statt, an denen 30 000 Personen teilnahmen, darunter viele Matrosen, Soldaten und Arbeiter. Es sind starke Truppenabteilungen eingetroffen. Die Beschlüsse des Moskauer Semstwo-Kongresses machen hier den besten Eindruck.

Griechenland.

Athen, 27. November. Depeschen aus Mytilene zufolge sind die großen Schiffe der Demonstrationsflotte in den Hafen eingelaufen, ohne die Landessflagge zu salutieren. Die kleinen Fahrzeuge waren gezwungen, wegen Sturmes in der Bucht zu ankern. Es wurden 400 Mann ausgeschifft und mit diesen das Postamt, das Telegraphenamt, sowie einige Punkte der Stadt besetzt. Die türkischen Truppen haben die Kaserne geräumt, welche von einem öster reichischen Detachement bewacht wird.

Türkei.

— Aus Konstantinopel, 27. November, wird gemeldet: Gestern sprach der Großvezier angeblich zur Erledigung einer unbedeutenden Angelegenheit auf der russischen Botschaft vor. In Abwesenheit des Botschafters wurde er von einem Mitglied der Botschaft empfangen und äußerte sich diesem gegenüber gesprächsweise auch über die Angelegenheit der Finanzkontrolle und der Flottendemonstration. Er erklärte, daß trotz der Okkupation von Mytilene der Entschluß des Sultans unerschütterlich sei und bleiben werde. Der Großvezier fügte hinzu, die Demonstrationsflotte könne nach Belieben in den türkischen Gewässern umherfahren und Inseln besetzen, der Sultan werde trotzdem fest bleiben. Ferid-Pascha

schloß: „Da Sie nun einmal die makedonischen Finanzen durch Fremde kontrollieren lassen wollen, so sind wir bereit, diese Kontrolle durch die Ottomanbank und die Deete Publique zuzulassen, welche doch auch fremde Administratoren enthalten.“ Er erhielt jedoch zur Antwort: Der Beschluß der Großmächte laute dahin, daß die genannte Kontrolle durch speziell zu diesem Zweck berufene Delegierte auszuführen sei.

Wahlrechtsdebatte im Sächsischen Landtag.

Dresden, 27. November, vorm. 11 Uhr.

Der Landtag stand auch heute wieder im Zeichen eines großen Tages. Die Tribünen der Regierung und des Publikums sind bis auf den letzten Platz besetzt.

Am Regierungstisch: Sämtliche Minister und mehrere Kommissare.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Abg. Schulze (natl.) eine Erklärung ab, nach der das Verfahren des Vizepräsidenten Opitz in einer Sitzung der Gesetzgebungs-Deputation trotz der Erklärung des Vizepräsidenten Opitz als ungesetzlich und unzulässig bezeichnet wird. Es handelt sich um einen dem Abg. Langhammer erteilten Ordnungsruf in der Gesetzgebungs-Deputation.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten: Interpellationen der Abgg. Schied und Genossen, Vär und Günther die Wahlrechts-Neuordnung betreffend. Die Regierung wird in diesen Interpellationen gefragt, ob sie zur Einbringung eines Gesetzesentwurfs über die Neuordnung des Wahlrechts noch in dieser Landtagssperiode bereit sei und ob sie über die Neuordnung des Wahlrechts im Sinne eines Pluralismus statistisches Material herbeigezogen habe.

Abg. Schied (natl.) begründet die Interpellation und greift auf die bekannten Beschlüsse im letzten Landtage zurück. Es sei dringend zu wünschen, daß die Materie weiter verfolgt und zum Ende gebracht werde, damit den Wünschen der breiten Masse des Volkes Rechnung getragen werde.

Abg. Vär (freis.) begründet ebenfalls die Interpellation und kritisiert das Verhalten der Mehrheitsparteien. Er tritt ein für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, wie bei den Reichstagswahlen. Sollte aber die Regierung hierfür nicht zu haben sein, so werde sich seine Partei auch mit dem 1868er Wahlgesetz vorläufig zufrieden geben.

Staatsminister v. Wegisch weist zunächst eine Bemerkung der sozialdemokratischen Presse zurück, daß die Regierung eine Verschleppung der Wahlrechtsfrage beabsichtigt habe. Da die Regierung vor einigen Tagen eine Reform der Ersten Kammer in Aussicht gestellt habe, so sei die Wahlrechtsfrage und die mit dieser zugleich zur Verhandlung geplante Reform der Ersten Kammer auseinanderzuhalten, jedoch heute nur die Wahlrechtsfrage allein zu behandeln sei. Er überlasse es dem Publikum, zu beurteilen, ob man hierin eine Verschleppung der Wahlrechtsfrage erblicken könne.

Durch die Interpellationen sind zwei Fragen angeregt: ob dem Landtage noch in dieser Periode ein neues Gesetz vorgelegt werde und ob die Regierung bereit sei, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen. Der Minister greift auf die Erklärungen der Regierung im Landtage zurück und bemerkt, daß die Regierung an der Hand der inzwischen herbeigezogenen statistischen Unterlagen über die Wirkung eines Pluralismus zu einem negativen Ergebnisse gelangt sei. Die Regierung könne angesichts der gegenwärtigen Gestaltung der politischen Verhältnisse in Sachsen die Ausarbeitung und Einbringung einer Vorlage nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht auch für die Zukunft nicht in Aussicht stellen. Der Minister verweist bezüglich der sonst noch vorliegenden Wahlrechts-Vorschläge auf die dem Landtage vor zwei Jahren zugegangene Denkschrift und bemerkt, daß, da die hohe zweite Kammer den von der Regierung gemachten Vorschlag nicht angenommen habe und die Unterlagen für die Einführung eines Pluralismus sehr ungünstig seien, so könne die

tr. 38
Aue
16.
182.
mit Prima
Nem aber
nicht mit
zur Erde,
hat das
schleppen.
A.
9, 60 J.
25 A.
1.20 A.
10, 2.— A.
A.
Bitte, Schaufenster beachten!
en,
en.
ln,
age, bei
SSO
lerie
ember
berg.
ehen.
gland,
Kunst",
rationen
igentel
ngen
ber alten
schwell.)
ln!
rzählung.
11.
neeberg.
Rauter.